

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

21. Sitzung
11. März 2013

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 14:40 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Ülker Radziwill (SPD) fragt, wie der Senat das aktuelle Urteil des Sozialgerichts Berlin zur Übernahme von Kosten der Unterkunft und Heizung von Alg-II-Beziehenden bewerte.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, das Urteil weiche von den Berechnungsvorgaben des Bundessozialgerichts – BSG – ab und widerspreche sämtlichen Urteilen des BSG. Es sei nicht rechtskräftig; das Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg lege Berufung ein. Der Ausgang des Normenkontrollverfahrens bleibe abzuwarten. Die WAV sei weiterhin voll anzuwenden.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt nach dem Sachstand zum Thema Hygiene in der Charité.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist darauf, dass für die Charité SenWissForsch bzw., in Bezug auf Hygienethemen, das Gesundheitsamt Mitte zuständig seien. SenGesSoz sei um Amtshilfe zur Behebung des dortigen Personalengpasses gebeten worden. Mit ihrer Hilfe sei ein Hygieniker gefunden und beim Bezirksamt eingestellt worden. Das Robert-Koch-Institut leiste Unterstützungshilfe; Voraussetzung hierfür sei ein vor Ort tätiger Hygieniker. Die vom Bezirksamt Mitte initiierte Ausbruchskommission tage.

Heiko Thomas (GRÜNE) erkundigt sich, ob der Hygieniker dauerhaft in Mitte tätig sei. Betreue eine einzige Person z. B. auch den Umzug aus dem Bettenhochhaus in die Container?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, dass SenGesSoz keinen Einfluss auf die bezirkliche Personalpolitik habe. Die Stellenbesetzung liege in der Verantwortung des Bezirkes. SenGesSoz habe deutlich gemacht, dass die noch vakante Stelle der Amtsärztin besetzt werden müsse, der Bezirksbürgermeister habe versichert, dass dies schnellstmöglich passiere. Bauliche Probleme seien im Übrigen mit der Krankenhausaufsicht des LAGeSo abzustimmen, das Gesundheitsamt sei zuständig für das Thema Hygiene.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, wann die Ergebnisse des Modellprojekts Bedarfskneeling der BVG-Busse veröffentlicht würden. Wann erfolge die politische Bewertung des Senats?

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz) teilt mit, dass die BVG die Ergebnisse noch auswerte. SenGesSoz habe bislang keine Daten erhalten, eine politische Bewertung stehe daher noch aus. Ggf. werde die Anhörung am 13. März im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr nähere Informationen erbringen.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, ob dem Senat bekannt sei, welche Anweisungen die Busfahrer momentan hinsichtlich des Absenkens der Busse an den Haltestellen hätten.

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz) führt aus, SenGesSoz habe unterschiedliche Ergebnisse bezüglich der praktischen Umsetzung erhalten. Wie zutreffend diese seien, müsse Gegenstand der Auswertung des Projektes sein.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bittet um Auskunft, ob der Senat die isoliert im Industriegebiet gelegene Sammelunterkunft für Flüchtlinge in der Motardstraße weiterhin betreiben wolle.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) betont, die Unterkunft befindet sich nicht am Rande der Stadt, sondern sei mit einer guten Infrastruktur versorgt. Sie werde von allen politischen Parteien im Bezirksamt Spandau als vernünftiger Standort angesehen, der allerdings räumlich qualifiziert und baulich verbessert werden müsse. Aufgrund der angespannten Unterbringungssituation und des akuten Bedarfs an Kapazitäten bestehe ein grundsätzliches Interesse am Erhalt des Standortes mit dem Ziel, dort eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber und Flüchtlinge einzurichten. Die dafür geltenden Qualitätsanforderungen müssten dabei berücksichtigt werden. Der Bezirk unterstütze diese Absicht. Das LAGeSo prüfe die Option des Ankaufs der Liegenschaft durch die AWO. Ein Ergebnis liege noch nicht vor.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erkundigt sich nach dem Stand der Überführung der derzeitigen Notunterkunft nördlich der Spandauer Altstadt in eine reguläre Sammelunterkunft.

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz) verweist auf die stetige steigende Zahl von Asylbegehrenden in Berlin wie auch bundesweit. Berlin sei weiterhin auf Notunterkünfte angewiesen. Ein Umzug der derzeitigen Notunterkünfte stehe momentan nicht an.

Die **Fraktion der CDU** verzichtet auf eine Frage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

0045
GesSoz

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz) berichtet aus dem Bundesrat, dass Berlin die Entschließung zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes unterstützt habe. Dieses stelle den Inklusionsgedanken und die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung verstärkt in den Mittelpunkt. Ihre Rechte und Selbstbestimmungsmöglichkeiten würden im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gestärkt. Es müsse geklärt werden, wie sich die Eingliederungshilfe künftig in die Rechtssystematik der Sozialgesetzgebung einreihe bzw. welcher Anteil der Bund an der Finanzierung tragen werde.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt nach, ob die Information aus dem Bundesrat oder dem Gesundheitsausschuss stamme. Er bitte darum, dass der Ausschuss das Vorgetragene inklusive der Vereinbarungen schriftlich erhalte.

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz) sagt die schriftliche Übermittlung des Sachverhaltes zu. Die Information stamme aus dem Ausschuss. Er gehe davon aus, dass der Bundesrat dies in gleicher Form beschließe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers erklärt den ständigen Tagesordnungspunkt für vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung (alt 4)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0825
**Zwölftes Gesetz zur Änderung des Berliner
Kammergesetzes**
(auf Antrag aller Fraktionen)

0102
GesSoz(f)
Recht

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers weist darauf hin, dass der Rechtsausschuss einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen die Annahme der Vorlage empfohlen habe.

Carmen Music (SenGesSoz) erläutert, die Änderung sei Voraussetzung dafür, dass die Vertrauensleute für die Richterwahlaußschüsse für die Berufsgerichtsbarkeit der akademischen Heilberufe pünktlich zusammengesetzt werden könnten. Die derzeitige Wahlperiode der ehrenamtlichen Richter für die Berufsgerichtsbarkeit ende am 17. Oktober. Die Vorlage sei dringlich, da die Vertrauensleute in den Kammern für die neue Wahlperiode noch gewählt werden müssten und die Delegiertenversammlungen sich nur sechs Mal im Jahr trafen.

Heiko Thomas (GRÜNE) begrüßt, dass die Formulierung „vier Kammern“ nicht durch „fünf Kammern“, sondern „jeder Kammer“ ersetzt worden sei. Er gehe davon aus, dass dies z. B. mit der Diskussion über eine Kammer für Pflegekräfte zusammenhänge. Wann erhalte der Ausschuss einen Gesetzesvorschlag zu den Themen, die SenGesSoz mit der Psychotherapeutenkammer und anderen diskutiere?

Carmen Music (SenGesSoz) teilt mit, das Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht zum Verbot einer Versorgungseinrichtung der Psychotherapeutenkammer laufe derzeit noch. Der Senat habe beschlossen, das Ergebnis dieses Verfahren abzuwarten.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0825 zuzustimmen.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 3)

- | | |
|---|---|
| a) Bericht SenGesSoz – I B 61 und II B 30 – vom 10.12.12
Umsetzung des Rahmenförderervertrages mit der Liga
der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege ab
2011
Haupt 17/0336 C | 0095
GesSoz
Haupt |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Rolle der Freien Wohlfahrtspflege und
Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU) | 0113
GesSoz |
| c) Schreiben SenGesSoz – II C 32 – vom 28.1.13
Erstmalige Prüfung von Qualität und
Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen nach § 75 ff
SGB XII durch Dritte
a) Aufhebung eines qualifizierten Sperrvermerks
b) Gutachten- und Beratungsdienstleistungsauftrag;
betr. Auflage Nr. 17 zum Haushalt 2012/2013
(Drucksache 17/0400)
Haupt 17/0769 | 0114
GesSoz
Haupt |

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0159
Barrierefreiheit für alle Wahllokale in Berlin | 0022
GesSoz(f)
InnSichO |
|--|---|

Elke Breitenbach (LINKE) betont, es sei nicht akzeptabel, dass es zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen im Jahr 2011 weniger barrierefreie Wahllokale gegeben habe als im Jahr 2006. 2011 sei ein Drittel der Wahllokale nicht barrierefrei zugänglich gewesen. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen stelle mit der Aufforderung an den Senat, dass „ein deutlich größerer Anteil von Wahllokalen“ barrierefrei zugänglich sein solle, einen

Rückschritt dar. Der Senat möge darauf hinwirke, dass alle Wahllokale barrierefrei zugänglich gestaltet würden.

Joachim Krüger (CDU) verweist darauf, dass die Forderung nach 100-prozentiger Barrierefreiheit von Wahllokalen nicht erfüllt werden könne bzw. dazu führe, dass der Weg zu den Wahllokalen deutlich länger würde. Der Änderungsantrag der Koalition – [siehe Beschlussprotokoll] – formuliere das grundsätzliche Ziel der Barrierefreiheit, berücksichtige aber auch, wie damit umzugehen sei, wenn diese nicht herstellbar sei.

Birgit Monteiro (SPD) merkt an, dass Barrierefreiheit sich nicht nur auf Rollstuhlfahrer, sondern auch auf Gehörlose, Blinde und Menschen mit Lernbeeinträchtigungen beziehe. Nur wenige Gebäude würden allen Erfordernissen gerecht. Da die Bundestagswahl bald bevorstehe, markiere der Änderungsantrag einen Zwischenschritt. Das generelle Ziel der Barrierefreiheit aller Wahllokale teile die SPD mit den anderen Fraktionen.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) verweist auf ihre Kleine Anfrage aus dem Jahr 2009, wonach im Bezirk Spandau 92 Prozent der Wahllokale barrierefrei zugänglich gewesen seien, in Mitte lediglich 30,1 Prozent. Könnte der Senat diese Diskrepanz erklären? – Die Fraktion der Grünen stimme dem Änderungsantrag zu, wenn auch die Intention der Grünen darauf abziele, dass alle Wahllokale barrierefrei zugänglich seien.

Alexander Spies (PIRATEN) zeigt auf, dass die Formulierung „der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken“ bereits eine Einschränkung enthalte. Eine weitere Einschränkung sei nicht sinnvoll. Er plädiere dafür, dass alle Wahllokale barrierefrei zugänglich seien.

Joachim Krüger (CDU) erinnert daran, dass die Bezirke für Auswahl und Ausstattung der Wahllokale zuständig seien. Der Senat könne ihnen gegenüber nur deutlich machen, dass ihm die Barrierefreiheit wichtig sei.

Elke Breitenbach (LINKE) vertritt den Standpunkt, dass gerade deswegen keine weitere Einschränkung – wie im Änderungsantrag geschehen – vorgenommen werden sollte.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE) betont, Ziel sei es, alle Wahllokale barrierefrei zu gestalten. Dieser grundsätzliche Anspruch sollte auch so deutlich formuliert und nicht aufgegeben werden, auch wenn er nicht bis zur nächsten Wahl umsetzbar sei.

Joachim Krüger (CDU) weist darauf hin, dass die Formulierung im Antrag der Linken etwas suggeriere, was in der Kürze der Zeit nicht leistbar sei. Dies führe zu der Schlussfolgerung, der Senat und die Bezirke hätten wieder einmal versagt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bedauert, dass der Antrag vor ca. einem Jahr zurückgestellt worden sei und der damals geplante gemeinsame Änderungsantrag nicht erarbeitet worden sei, obwohl ein fraktionsübergreifender Konsens bestanden habe. Der vorliegende Änderungsantrag sei nicht grundsätzlich schlecht, schraube aber die Ziele deutlich zurück.

Birgit Monteiro (SPD) teilt mit, die Zeit sei genutzt worden, um das Thema mit den Zuständigen abzustimmen. Wenn der Ausschuss es auch nicht schaffe, sich formal damit zu beschäftigen, so sei diese Zustimmung doch auch ein wertvoller Erfolg.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum mehrheitlich, dem Antrag der Fraktion Die Linke, Drucksache 17/0159 in der Fassung des Änderungsantrages der Koalition und mit geänderter Überschrift zuzustimmen.

Auf Antrag der Abgeordneten **Ellen Haußdörfer** wird die Dringlichkeit des Antrags beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0647
Sinnvolle Ansätze weiterführen – Wohnungen für Flüchtlinge aus den Beständen der Berlinovo/BIH bereitstellen | <u>0090</u>
GesSoz
Haupt |
| b) Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0648
Privatwohnungen statt Lager – Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge“ erfüllen und nachverhandeln! | <u>0091</u>
GesSoz
Haupt |

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.